

Keine Sympathie für die Uferinitiative

Zürichsee Der Regierungsrat ist gegen eine Uferweg-Pflicht in der Verfassung.

Im November haben die Befürworterinnen und Befürworter eines durchgehenden Seeuferwegs den Druck auf den Regierungsrat erhöht und die Uferinitiative eingereicht. Die Volksinitiative fordert unter anderem, dass der Kanton bis 2050 entlang des Zürichsees einen durchgehenden Uferweg erstellt und die Ufer von Zürcher Gewässern ökologisch aufwertet.

Nun versetzt der Regierungsrat dieser Initiative einen Dämpfer. Er beantragt dem Kantonsrat, die Volksinitiative ohne Gegenvorschlag abzulehnen. Es gebe bereits eine genügende gesetzliche Grundlage, schreibt er. Er erachte die daraus jährlich zur Verfügung stehenden 6 Millionen Franken, woran sich auch die Gemeinden beteiligen müssen, noch immer als angemessen.

Zu teuer, nicht dringlich

Zudem würden die Kosten für die von der Initiative geforderte Wegführung in keinem Verhältnis zu den im Strassenfonds vorhandenen Mitteln stehen. Gemäss der Exekutive ist die Initiative zudem wenig dringlich, da bereits über die Hälfte des Wegs gebaut worden sei.

Grund für die Initiative – eingereicht wurde sie vom Verein «Ja zum Seeuferweg» und von Politikerinnen und Politikern von EVP, SP, Grünen und GLP sowie von Vertretern der Naturverbände – war Enttäuschung: Schon vor zwölf Jahren forderte der Verein «Ja zum Seeuferweg» mittels Initiative den Ausbau des Seeuferweges. 2013 einigte man sich auf einen Gegenvorschlag des Kantonsrats. Demnach sollten fortan jährlich 6 Millionen Franken zur Verfügung stehen für den Bau von Abschnitten des Wegs. Seither sind jedoch erst 180 Meter des Uferweges in Horgen entstanden.

Mit der neuen Initiative will das Komitee eine Änderung in der Kantonsverfassung bewirken. Julia Gerber Rüegg, Präsi-

dentin des Initiativkomitees, erklärt: «Unser zentrales Anliegen ist es nicht nur, dass ein durchgehender Seeuferweg entsteht, sondern dass der Kanton auch den Naturschutz der Ufer der Zürcher Gewässer in der Verfassung verankert.»

«Verzögerungstaktik»

Die Wädenswilerin zeigt sich über den Entscheid des Regierungsrates nicht überrascht. «Wir haben erwartet, dass die Volkswirtschaftsdirektorin Carmen Walker Späh (FDP) weiterhin blockiert und der Regierungsrat deshalb keinen Gegenvorschlag ausarbeiten kann.» Gerber Rüegg spricht von «jahrelanger Verzögerungstaktik».

Weil die Exekutive in ihrem Entscheid nicht auf den ökologischen Aspekt der Initiative eingehe, habe sie sich im ersten Moment gefragt, ob der Regierungsrat den Initiativtext überhaupt gelesen habe. «Wir glauben jedoch, dass die Regierung gar nicht erst vertieft auf das Thema des Naturschutzes eingehen will und diese heisse Kartoffel lieber dem Parlament übergibt.»

Gerber Rüegg sagt, sie nehme nicht an, dass der Entscheid des Regierungsrates der Initiative schade. Sie glaube, dass sich die grosse Mehrheit des Stimmvolks für den Ausbau des Seeuferweges und die ökologische Aufwertung der Ufer aussprechen werde. «Das Reisen ist schwieriger geworden, und die Pandemie dauert an – die Zürcher Bevölkerung will sich im Freien aufhalten und die Zürcher Gewässer geniessen können.»

Zudem habe sich das Bewusstsein für Naturschutz in der Bevölkerung stark gewandelt, argumentiert die Initiantin. Nun liege es am Kantonsrat, das «wichtige öffentliche Interesse des Uferschutzes» sicherzustellen und die Initiative zur Annahme zu empfehlen.

Carina Blaser